Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtrag- 30 Pfg. Alle Postanstalten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend gebühr. Einzelnummern Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen. Für die Richtigkeit der

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 132. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch, den 10. Juni 1925

Wer soll bezahlen?

Man kann nicht sagen, daß die Arbeit der Interalliierten Militärkontrollkommission seit dem September vergangenen Jahres etwa oberflächlich gewesen ist; besonders eindringlich aber scheint sie, der Entwaffnungsnote nach zu urteilen, die deutschen Fabriken kontrolliert zu haben. Denn die Forderungen, die im Teil 2 dieser Note aufgestellt werden, zeugen von intimster Kenntnis nicht bloß der Reichswerke, sondern auch einer großen Reihe privater Fabriken. Unter diesen privaten Fabriken sind es gerade die größten, die von diesen Zerstörungs- oder „Zerstreuungs"forderungen betroffen werden. Da ist nicht nur Krupp mit seinem neuesten und modernen Werk 10, in dem die großen Maschinen zerstört werden sollen. Nicht minder schwerwiegend ist das Verlangen, fast 3000 Maschinen privater Fabriken zu „zerstreuen". Der Kuriosität halber mag noch erwähnt sein, daß mit ernstem Tadel die Wiedereinstellung von drei Sätzen Doppelschmiedepressen und die Anschaffung von zwei Horizontalpressen in einer sächsischen Gußstahlfabrik moniert wird. Wichtiger ist, daß man offenbar die Reichswerke unbedingt ruinieren will. Sie haben schon jetzt wirtschaftlich schwer zu kämpfen; nun verlangt die Note die Zerstörung eines Martinofens sowie des Gebäudes des Bessemer-Stahlwerks in Spandau. Mehr noch: Getadelt wird, daß die Deutschen Werke in Haselhorst sich erweitert haben. Man verlangt nun, daß jeder in Ausführung begriffene Bau eingestellt, kein Neubau begonnen wird; außerdem sollen die in der Aufstellung begriffenen Werkstätten beseitigt werden. Charakteristisch für diese und die anderen wirtschaftlichen Zerstörungsforderungen ist aber nicht zuletzt ihre Unbestimmtheit. In der Note wird nämlich ausdrücklich gesagt, daß die Kontrollkommission die Einzelheiten der Durchführung aller dieser Maßnahmen noch näher bezeichnen und dann — natürlich! — sie auch überwachen wird. Selbst wenn wir die Forderungen der Note, wie man es in Paris und London von uns verlangt, nun buchstäblich erfüllen würde, ist gar nicht abzusehen, wieviel Zeit das verlangt. Aber ehe das alles nicht ausgeführt ist, will man ja das Rheinland nicht räumen.

Wenn wir nun aber alle diese Dinge wirklich ausführen, — wer trägt die Kosten? Nicht etwa bloß sind in diese Kosten einbegriffen die Entschädigungen für die von den Forderungen betroffenen Fabriken; die Erfüllung bedeutet auch vor allem Betriebseinschränkungen und Betriebsstörungen schwerster Art, also vor allem die Entlassung vieler Tausender von Arbeitern. Das Reichsfinanzministerium beabsichtigt, darüber eine eingehende Untersuchung zu veranstalten, wie hoch sich die Kosten der Erfüllung aller Wünsche stellen würden. Aber hier kann es sich nur um direkte Kosten handeln, während jene durch die schwere Störung des Wirtschaftslebens verursachten indirekten Kosten und Produktionsverluste gar nicht feststellbar sind. Nimmt man die vorläufig mit 250 Millionen bezifferte Kostenaufstellung als richtig an, so muß zunächst einmal die deutsche Gegenfrage an die Entente lauten: Wer soll das bezahlen?

Daß wir das nicht bezahlen, wenn Recht und Gerechtigkeit noch gilt, geht aus Sinn und Wortlaut des Londoner Pakts ohne weiteres hervor. Ausdrücklich hat sich das Sachverständigengutachten auf den Standpunkt gestellt, daß die von ihm vorgeschlagenen deutschen Jahresraten „Deutschlands gesamte Verpflichtungen gegenüber den Alliierten und Assoziierten Mächten hinsichtlich der durch den Krieg verursachten Kosten umfassen," einschließlich jener Sonderzahlungen, wie sie durch einzelne Artikel des Versailler Vertrages vorgesehen werden. Ausdrücklich wird diese Absicht, dieser Sinn des Sachverständigengutachtens immer und immer wieder unterstrichen und eigentlich hätte die Reparationskommission gegen die wirtschaftlichen Forderungen der Entwaffnungsnote protestieren müssen, um die Ausführung des Londoner Pakts nicht gefährden zu lassen. „Deutschland ist nicht in der Lage, sich über seine Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage Klarheit zu verschaffen, weil ihm von Zeit zu Zeit im Laufe des Jahres Forderungen gestellt werden, die im voraus überhaupt nicht berechnet werden können; es erscheint uns unmöglich, unter solchen Verhältnissen irgendeinen Staatshaushalt unter wissenschaftlichen Grundsätzen und in befriedigender Weise ins Gleichgewicht zu bringen," sagt ausdrücklich das Sachverständigengutachten und knüpft daran die Forderungen, daß im Interesse des Staatshaushalts, darüber hinaus der deutschen Währung und schließlich der wirklichen Leistung der deutschen Zahlungsverpflichtungen „diesem System ein Ende gemacht" werde. Die erste Frage also, die von der deutschen Regierung bei den Verhandlungen über die Forderungen der Note an die Botschafterkonferenz über diesen Teil gerichtet werden muß, ist die: Wer soll zahlen? Die Bestimmungen des Londoner Pakts sind eindeutig, eindeutig auch übrigens dahin, daß im Jahre 1925 von uns Zahlungen an die Entente über die Verzinsung der Eisenbahnanleihe hinaus nicht zu entrichten sind.

Man darf gespannt sein, wie sich die Entente zu diesen krassen Widersprüchen zwischen ihren Forderungen und den Bestimmungen bestehender Verträge äußern wird.

Frankreich und England in der Sicherheitsfrage einig

Paris, 9. Juni. Die Antwort auf die letzte Garantievertragsnote des französischen Kabinetts, die Chamberlain gestern auf der Sitzung des Völkerbundsrates Briand aushändigte, soll in Kreisen der französischen Völkerbundsdelegation einen sehr günstigen Eindruck hervorgerufen haben. Wie der Genfer Vertreter der Havas-Agentur von zuständiger Seite erfährt, besteht zwischen Frankreich und England volles Einvernehmen über die Antwort auf das deutsche Sicherungsangebot. Die letzten Meinungsverschiedenheiten sind jetzt behoben. Das zwischen Frankreich, Großbritannien und Belgien erzielte Einvernehmen gipfelt in dem formellen Beschluß Großbritanniens, die französisch-deutsch-belgische Grenze zu garantieren und jede Verletzung der militärischen und territorialen Bestimmungen über die Rheinlandgrenze durch Deutschland als einen casus belli anzusehen. Großbritannien verpflichtet sich als Garantie dieser Grenzen, Frankreich und Belgien seine sämtlichen Marine- und Luftstreitkräfte zur Verfügung zu stellen. Was die deutschen Ostgrenzen anbelangt, so erklärt Großbritannien ausdrücklich, daß es an den Bestimmungen des Vertrages entschieden festhält. Die in einem Morgenblatt gebrachte Meldung, daß Briand am Mittwoch wieder in Paris eintreffe, um die Uebersendung der französischen Antwort auf das deutsche Sicherungsangebot zu veranlassen, wird hier offiziell bestätigt.

Englisch-französische Einigung.

London, 8. Juni. Wie der amtliche englische Funkspruch meldet, wird es in Londoner amtlichen Kreisen als sicher betrachtet, daß Chamberlain und Briand in ihren privaten Unterhaltungen die noch zu regelnden beiden Auslegungsfragen ohne Schwierigkeit lösen werden. Es besteht alle Aussicht, daß die Antwortnote an Berlin noch im Laufe der Woche abgehen wird. Hinsichtlich der Verhandlungen über den Pakt herrscht hier ein weitgehender Optimismus. Die Art und Weise, mit der die Besprechungen mit Frankreich vor sich gehen, wird mit großer Befriedigung aufgenommen. Auf diese Art und Weise ist es möglich gewesen, daß von Frankreich ein Entwurf über die Antwortnote an Deutschland ausgearbeitet worden ist, der die endgültige Billigung der britischen Regierung gefunden hat. Die Auffassung über den Pakt geht dahin, daß die Verpflichtungen und die Garantien auf Gegenseitigkeit beruhen sollen und daß unter allen Umständen die schuldlose und nicht die schuldige Partei geschützt werden soll.

Zum Bericht der Interalliierten Kontrollkommission.

London, 9. Juni. In dem gestern abend veröffentlichten Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission ist eine Aufzählung der verschiedenen Schwierigkeiten enthalten, die angeblich der Kommission bei ihren Untersuchungen in Deutschland in den Weg gelegt wurden. Es ist festgestellt, daß die Befestigungen und Vorräte an Kriegsmaterial und Waffen anscheinend jetzt im Bestande vorstanden seien wie 1922. Deutschland sei imstande, binnen kurzer Zeit große Mengen an Kriegsmaterial herzustellen. Durch die Ausbildung von Zeitfreiwilligen sei die deutsche Grundarmee imstande, sich jederzeit zu einer den Anforderungen eines Krieges genügenden Stärke zu entwickeln. Die Küstenbefestigungen seien seit 1922 großen und gefährlichen Aenderungen unterworfen worden.

Tornadoverheerungen in Colorado.

Neuyork, 9. Juni. Einer Nachricht aus Wray (Colorado) zufolge wurden dort durch einen tornadoartigen Sturm über tausend Gebäude vernichtet.

Das Ziel des Marokkokrieges.

Eine neue Schlacht im Gange.

In Marokko sind von neuem schwere Kämpfe entbrannt. An der ganzen Westfront und im Norden wird ein starker Druck gegen die französische Front ausgeübt. Vorgeschobene Abteilungen Abd-el-Krims haben französische Militärposten von jeder Verbindung abgeschlossen. Die Rifarmee hat aus dem Innern des Landes neuen Zuzug erhalten. Ein neuer großer Angriff der Marokkaner auf der ganzen Front soll bevorstehen. Auch die Franzosen ziehen ständig neue Verstärkungen heran, vor allem wird schwere Artillerie von ihnen in Stellung gebracht.

Einem französischen Kriegskorrespondenten ist es gelungen, sich in die Reihen der Rifarmee einzuschleichen. Der Berichterstatter bestätigt von neuem, daß diese ausgezeichnet bewaffnet und nach europäischem Muster bekleidet ist. Den Wunsch, Abd-el-Krim selbst zu sprechen, mußte der Journalist aufgeben, da Abd-el-Krim an der Front weilt und dort die Truppenbewegungen selbst leitet. Ein Generalstabsoffizier der Rifarmee faßte das Ziel der jetzigen Bewegung dahin zusammen, Marokko von den europäischen Beherrschern zu befreien. Nach Ansicht des Offiziers werde Marokko nach spätestens zehn Jahren autonom sein.

Eine Schlacht bei Kanton.

Panikartige Flucht der Fremden.

In China droht von neuem der Bürgerkrieg auszubrechen. Während in Schanghai die Aufstandsbewegung noch immer wächst, ist es nunmehr auch in Kanton zu blutigen Kämpfen gekommen. Dort sind radikale Yünnanesen unter Führung des Marschalls Yang Hsu Ming und konservative Kantonesen in Kampf geraten, bei dem die Yünnanesen die Oberhand behielten. Zwischen beiden Gruppen steht die Zentralregierung in Peking, die von der siegreichen Partei nicht anerkannt wird.

Die Fremden verlassen Kanton in panikartiger Flucht. Der amerikanische Generalkonsul riet allen Vorortsbewohnern an, möglichst schnell in das Innere der Stadt zu ziehen. Die japanische Regierung hat zwei Torpedobootszerstörer von Schanghai nach Kanton beordert, auch befinden sich vor Kanton zwei amerikanische Torpedoboote, die Leben und Eigentum der dort lebenden Amerikaner schützen sollen.

Inzwischen bemühen sich die Konzessionsmächte, die Vorgänge in Schanghai durch eine Untersuchungskommission prüfen zu lassen, die aus den Botschaftssekretären der sechs Großmächte zusammengesetzt ist. Die europäische Polizei in Schanghai hat Weisung erhalten, von dem Gebrauch von Feuerwaffen weiterhin abzusehen.

Schwere Ueberschwemmungskatastrophe in Mexiko.

Paris, 9. Juni. Nach einer Radio-Meldung aus Marokko ist die Halbinsel Teherantepec von schweren Ueberschwemmungen heimgesucht worden. Sämtliche Flüsse sind über die Ufer getreten. Hunderte von Personen sind ertrunken und mehrere Dörfer vollkommen zerstört.

Die Umwälzung im Stinnes-Konzern

Von einem bekannten Berliner Börsen- und Finanzmann erhalten wir folgende Ausführungen zu den Vorgängen bei dem Stinnes-Konzern.

Als im April 1924 Hugo Stinnes nach kurzem Krankenlager starb, hinterließ er den weitaus größten Konzern, den man jemals in Deutschland gekannt hatte. Schon vor dem Kriege war Hugo Stinnes einer der mächtigsten deutschen Industriellen gewesen, dem vor allem große Kohlenbergwerke gehört hatten; aber erst in den Jahren der Inflation dehnte sich der Machtbereich dieses unablässig arbeitenden Mannes ins Riesenhafte aus. Es gab kaum ein Gebiet, auf dem er sich nicht betätigte. Vor allem natürlich in Kohle und Eisen, dann aber auch in großem Maßstabe in der Seeschiffahrt, im Automobilwesen, in der Petroleumindustrie, im Bank- und Versicherungswesen, im Hotelgewerbe, im Zeitungswesen, in der Papierindustrie und im Film. Hunderte von Einzelunternehmungen gehörten dem Konzern an, und zwar nicht etwa nur in Deutschland, sondern vielmehr in fast allen europäischen und außereuropäischen Ländern.

Als Hugo Stinnes starb, wurde sein Gesamtbesitz auf mehr als eine Milliarde Goldmark geschätzt, und damit kam sein Vermögen demjenigen der bekanntesten amerikanischen Multimillionäre gleich. Niemand hätte es für möglich angesehen, daß auch bei diesem starken und scheinbar festgefügten Konzern Schwierigkeiten entstehen konnten, und während die meisten der anderen Inflationsgrößen im Laufe der Zeit entweder zusammenbrachen oder geräuschlos von der Bildfläche verschwanden, schien der Stinnes-Konzern für alle Zeiten fest gegründet. Universalerbin des gesamten ungeheuren Besitzes wurde die Witwe des Verstorbenen, während die beiden Söhne, Dr. Edmund Stinnes und Hugo Stinnes jun., den Konzern verwalten sollten. Es stellten sich aber alsbald schon Meinungsverschiedenheiten geschäftlicher Art zwischen den beiden Brüdern heraus, die dazu führten, daß Dr. Edmund Stinnes kürzlich aus der Firma ausschied und sich nur noch den Versicherungs- und Automobilinteressen des Konzerns widmen wollte. Doch auch für Hugo Stinnes jun. war es eine ungeheure Aufgabe, aus dem Bestreben, die gesamten Geschäfte zu leiten, wobei freilich in Betracht zu ziehen ist, daß er heute erst 27 Jahre zählt.

Der verstorbene Hugo Stinnes hatte sich um die geschäftliche Erziehung seiner Söhne und Erben unablässig bemüht. Als einmal ein Bekannter ihn fragte, für wen er denn so unermüdlich arbeite und Millionen auf Millionen zusammenhäufe, antwortete er ganz kurz: „Für meine Söhne." Das war bezeichnend für den Mann, der sich keine Ruhe gönnte, der keine Leidenschaft, kein Vergnügen kannte, und der sich sogar im Essen und Trinken die größte Vorsicht wegen eines Magenleidens auferlegen mußte. Hugo Stinnes ging ganz in seiner Arbeit auf, und es war sein tragisches Los, daß er dieser Arbeit zu früh entrissen wurde. Gerade in der kritischsten Zeit starb er, als soeben erst die Markstabilisierung geglückt war, in deren Gefolge eine allgemeine große Geldknappheit ein-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF